

Vortrag an den Ministerrat

Fortschrittsbericht 2019 über die Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien der Unternehmen mit einem Bundesanteil von 50% und darüber in Fortsetzung der Vorbildwirkung des Bundes

Die österreichische Bundesregierung verpflichtete sich per Ministerratsbeschluss vom 15. März 2011 dazu, den Frauenanteil in Aufsichtsgremien der Unternehmen, an denen der Bund mit 50% oder mehr beteiligt ist, bis 31. Dezember 2013 auf 25% und bis 31. Dezember 2018 auf 35% zu erhöhen. In diesem Sinne soll auch auf die anderen entsendenden Stellen eingewirkt werden.

Um die Vorbildwirkung des Bundes zu unterstreichen und das Bewusstsein für die Vorteile einer stärkeren Einbindung von Frauen zu erhöhen, hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, die Umsetzung dieser Quotenregelung jährlich zu überprüfen und den gemeinsamen Fortschrittsbericht dem Ministerrat vorzulegen.

Für das Jahr 2018 ergab die Erhebung des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort:

- Im Berichtszeitraum (1. Jänner 2018 bis 31. Dezember 2018) war der Bund an 54 Unternehmen mit 50% und mehr beteiligt und entsendete 289 Aufsichtsratsmitglieder. Davon waren 126 Frauen. 2017 waren von ebenso 289 entsendeten Aufsichtsratsmitgliedern 135 Frauen. Das bedeutet einen Rückgang von insgesamt neun, von Frauen besetzten Aufsichtsratsmandaten. Von den insgesamt 380 von allen EigentümerInnen entsendeten Aufsichtsratsmitgliedern waren 146 Frauen.
- Durchschnittlich liegt die Bundes-Frauenquote in diesen staatsnahen Unternehmen bei 43,6%. Im Vorjahr betrug sie 46,7%. Somit ist ein Rückgang von 3,1 Prozentpunkten zu verzeichnen.
- Die überwiegende Zahl, nämlich 34 Unternehmen, erfüllen bereits die bis Ende 2018 umzusetzende Bundes-Frauenquote von 35% oder liegen sogar darüber (2017: 37 Unternehmen; 2011: 17 Unternehmen).

- 15 Unternehmen weisen eine Bundes-Frauenquote zwischen 25% und 35% auf, von denen wiederum 10 Unternehmen mit 33% Frauenanteil der 35%-Quote schon sehr nahe kommen.
- 5 der insgesamt 54 Unternehmen erfüllen die Ende 2013 zu erreichende Quote von 25% noch nicht.
- Insgesamt wurden in der Berichtsperiode 79 Personen in 27 Unternehmen vom Bund entsandt oder neu aufgestellt, wovon 32 Frauen waren (40,5 %).

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht betreffend die Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien der Unternehmen mit einem Bundesanteil von 50% und darüber zur Kenntnis nehmen.

Zur Fortsetzung der Vorbildwirkung des Bundes und um das Bewusstsein für die Vorteile einer stärkeren Einbindung von Frauen weiterhin zu erhöhen, wolle sich die Bundesregierung dazu verpflichten, bis 31. Dezember 2019 weiterhin darauf hinzuwirken, den Frauenanteil in den Aufsichtsgremien jener Unternehmen, an denen der Bund mit 50% oder mehr beteiligt ist, auf 35% zu erhöhen.

31. Juli 2019

Mag.^a Ines Stilling
Bundesministerin

Mag.^a Elisabeth Udolf-Strobl
Bundesministerin